

## **Chronologie des Nahostkonflikts**

1880 Beginn des ›modernen‹ Antisemitismus auf der Grundlage ›wissenschaftlicher Rassenkunde‹ in Westeuropa. In Palästina, das von 1516 bis 1917 zum Osmanischen Reich gehörte, also unter türkischer Herrschaft stand, leben zu Beginn der zionistischen Besiedlung zirka 430000 Araber und 25000 Juden. Von diesen sind die orientalischen »Sephardim« in die Wirtschafts- und Sozialstruktur Palästinas integriert, während die aus Europa stammenden »Ashkenasim« meist aus religiösen Gründen ins Land gekommen sind und größtenteils von Spenden der jüdischen Diaspora leben.

1881 Die Ermordung des russischen Zaren Alexander II. löst antijüdische Pogrome aus, die in Russisch-Polen, Weißrußland und der Ukraine eine Flucht- und Auswanderungsbewegung in Gang setzen (»1. Alijah«).

1882 Angesichts der Judenpogrome in Rußland fordert der Odessaer Arzt Leon Pinsker in seiner Schrift »Autoemanzipation« eine Heimat für das bedrängte Judentum, das vor allem wieder eine Nation werden müsse. Bau von Rishon Le Zion. Das zionistische Siedlungsprojekt in Palästina nimmt seinen Anfang.

1896 Theodor Herzl, in Wien aufgewachsener jüdischer Journalist, beschreibt in seinem Buch »Der Judenstaat« unter dem Eindruck antisemitischer Vorfälle in Frankreich (»Dreyfus-Affäre«) die Judenfrage als eine nationale Frage.

1897 In Basel tritt auf Betreiben Herzls der 1. Zionistenkongreß zusammen und verabschiedet das Baseler Programm, mit dem die Schaffung einer »öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte« für das jüdische Volk in Palästina angestrebt wird. Gleichzeitig wird die Gründung der »Zionistischen Weltorganisation« beschlossen. Ihr erster Präsident wird Theodor Herzl.

1905/06 Gescheiterte russische Revolution, Pogrome, Auswanderung (»2. Alijah«). Bis 1915 wandern rund 2,6Mio. Juden aus dem Russischen Reich nach Amerika und Westeuropa aus, etwa 55000 gehen nach Palästina.

1908/09 Zu den wichtigsten Ergebnissen des Aufstandes der Jungtürken 1908 gehören die Anfänge einer arabischen nationalen Bewegung, die sich vor allem in Syrien, im Libanon und in Palästina entwickelt. Arabische Zeitungen werden gegründet, die sich systematisch gegen jüdische Einwanderung und Siedlung aussprechen.

1915 Großbritannien verspricht den Arabern als Gegenleistung für ein Bündnis gegen die Türkei die Unabhängigkeit nach dem Krieg. Geplant ist ein »Arabisches Königreich« einschließlich Palästina südlich des 37. Breitengrades.

1916 Entgegen ihrem Versprechen gegenüber den Arabern teilen sich Großbritannien und Frankreich im geheimen Sykes-Picot-Abkommen den Nahen Osten auf: Syrien und Libanon fallen an die Franzosen, Irak an die Briten, für Palästina wird ein »internationales Regime« vereinbart. Mit einer Unabhängigkeitserklärung eröffnen die Araber im Sommer 1916 den Krieg gegen die Türkei.

1917 Am 2. November sagt Großbritannien der zionistischen Bewegung in der »Balfour-Erklärung« zu, die Schaffung einer »nationalen Heimstätte in Palästina« für das jüdische Volk zu unterstützen. Die Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften sollen allerdings nicht beeinträchtigt werden.

1918 Am 7. November proklamieren Großbritannien und Frankreich das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker des Vorderen Orients. Damit gab es einander widersprechende, teilweise sogar sich gegenseitig ausschließende politische Programme für den Nahen Osten, die zwangsläufig zum Konflikt führen.

1919 Emir Feisal für die Haschemiten-Dynastie und Chaim Weizmann für die zionistische Bewegung schließen am 3. Januar in London ein Abkommen. Im Blick auf das von Großbritannien in Aussicht gestellte »arabische Königreich« begrüßen die Araber die jüdische Einwanderung nach Palästina. Araber und Juden vereinbaren die Zusammenarbeit.

1920 Der Allgemeine Syrische Kongreß erklärt am 7. März die Unabhängigkeit Syriens einschließlich Libanons und Palästinas und wählt Feisal zum König des Vereinigten Königreichs von Syrien.

Der Oberste Rat der Alliierten verweigert auf seiner Konferenz in San Remo (19.–26. April) die arabische Unabhängigkeit und fördert den Zionismus, indem es Großbritannien das Mandat für Palästina überträgt. Damit sind die Vereinbarungen zwischen dem britischen Hochkommissar McMahon und dem Großscherifen von Mekka, Hussein, sowie die feierliche Proklamation des Selbstbestimmungsrechts annulliert. Die Araber sind enttäuscht. Den ersten blutigen Unruhen 1920 folgen weitere 1929 und von 1936 bis 1939. Großbritannien benutzt die aufkommende arabisch-jüdische Feindschaft zur Festigung seiner eigenen Machtposition in Palästina.

Frankreich vertreibt im Juli 1920 König Feisal mit militärischer Gewalt aus Syrien.

1921 Im Mai kommt es zu ersten arabischen Unruhen in Jaffa.

1922 Der Völkerbund ratifiziert am 24. Juli einstimmig das Palästina-Mandat für Großbritannien und bestätigt die Balfour-Erklärung. Am 16. September 1922 verfügt Großbritannien, daß das Ostjordanland vom Mandatsgebiet Palästina abgetrennt und als Emirat Transjordanien dem Hussein-Enkel Abdallah unterstellt werden soll. Damit sollen die Haschemiten für den Bruch des Versprechens von 1915 entschädigt werden.

1923 Am 7. März kommt es zur Unterzeichnung des Vertrages zwischen der britischen Mandatsregierung von Palästina und der französischen Mandatsregierung von Syrien und Libanon (Friedensvertrag von Sèvres). Darin werden der Grenzverlauf zwischen den beiden Gebieten sowie Wasser- und Fischereirechte geregelt.

1928/29 Auseinandersetzungen um die Rechte am Haram el-Sharif (Tempelberg) und der Klagemauer führen zu gewaltsamen Unruhen, in deren Verlauf 133 Juden (davon 64 in Hebron) und 116 Araber getötet werden. Nach den Untersuchungen einer britischen Kommission (»Shaw-Bericht«) ist die Haltung der arabischen Bevölkerung durch die Furcht bestimmt, »daß die Boden- und Einwanderungspolitik der Zionisten notwendig die volle Unterwerfung der Araber als Volk und die Verdrängung der arabischen Volksangehörigen vom Boden zur Folge haben müsse«.

1933 Die jüdische Einwanderung, vor allem durch Flüchtlinge aus Deutschland, verstärkt sich, als Juden in NS-Deutschland immer gezielter verfolgt werden. Verstärkte Abwehrreaktionen der Araber sind die Folge.

1934 Die »Arabische Exekutive« löst sich auf. Die Führung der palästinensischen Nationalbewegung geht auf den Vorsitzenden des »Obersten Moslemischen Rates«, den Mufti von Jerusalem, Mohammad Said Amin al Hussaini, über. Die gemäßigten Kräfte werden in den Hintergrund gedrängt.

Unter dem Eindruck gescheiterter Bemühungen um einen Gesetzgebenden Rat, der nach arabischer Vorstellung den sofortigen jüdischen Einwanderungsstop, das Verbot des Landtransfers und eine demokratische Regierung verfügen soll, sowie aufgrund erfolgreicher Unabhängigkeitsbestrebungen im Irak, Ägypten, Syrien und Libanon bricht im April 1936 in Palästina der »Arabische Aufstand« aus, in dessen Verlauf etwa 2850 Araber, 1200 Juden und

700 Briten ums Leben kommen. Im Herbst 1937 muß Hussaini nach Libanon fliehen, im Oktober 1939 entzieht er sich durch Flucht nach Bagdad seiner Verhaftung, 1941 siedelt er nach Berlin um; die palästinensische Nationalbewegung ist am Ende. Mitte 1938 stellen die Briten das Mandatsgebiet unter Notstandsverordnungen. Zwischen den zionistischen Untergrundbewegungen wie Hagana, Irgun sowie Stern-Bande und den Briten kommt es zur Zusammenarbeit.

Die britische Regierung setzt im August 1936 eine Untersuchungskommission (»Peel-Kommission«) ein, welche die Unvereinbarkeit der Ansprüche des Zionismus und des palästinensischen Nationalismus feststellt und die Errichtung eines palästinensischen Staates und eines Korridors zwischen Jaffa und Jerusalem unter britischer Oberhoheit vorschlägt. Trotz schwerer Bedenken stimmt die zionistische Führung dem Plan zu, weil in ihm erstmals ein jüdischer Staat prinzipiell anerkannt ist; die palästinensische Seite lehnt ab. Infolge dieser Ablehnung unterbleibt auf palästinensischer Seite die Ausformung von Institutionen für den kommenden Staat, während sich auf der jüdischen Seite das vorstaatliche zionistische Gemeinwesen, der »Jischuw«, immer deutlicher herausbildet.

1939 Am 17. Mai beschließt die britische Regierung im »Weißbuch über Palästina« die Zusammenarbeit mit Teilen der arabischen nationalen Bewegung, um den Versuchen der faschistischen Regierungen Deutschlands und Italiens, sich in den arabischen Ländern zu etablieren, entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang beschränkt London die jüdische Einwanderung auf jährlich 15000 Personen für die kommenden fünf Jahre und untersagt jüdischen Bodenkauf, was zu einer anitbritischen Bewegung der Zionisten führt.

1942 Eine zionistische Konferenz in New York setzt sich mit der Forderung zur Bildung eines jüdischen Staates in Palästina (»Biltmore-Programm«) durch. Damit ist die Niederlage der Gemäßigten um Martin Buber, die auf einer Londoner Konferenz von 1939 für die Errichtung eines unabhängigen binationalen Staates in Palästina mit Gleichberechtigung beider Volksgruppen eingetreten waren, besiegelt.

1945 Als das ganze Ausmaß des deutschen Völkermords an den Juden bekannt wird, verstärkt sich die Einwanderung überlebender europäischer Juden. Wegen anhaltender Unruhen in Palästina gibt Großbritannien 1947 der UNO die Entscheidung über die Fortsetzung des Mandats zurück.

1946 Beendigung des britischen Mandats über Transjordanien; am 2. Juni erfolgt die Ausrufung Transjordaniens als unabhängiges Königreich (Haschemitisches Königreich Jordanien).

1947 Das UN-Sonderkomitee für Palästina (UNSCOP) schlägt im April das Ende des britischen Mandats zum 15. Mai 1948 und die Teilung Palästinas in zwei unabhängige Staaten bei wirtschaftlicher Einheit und Sonderstatus für Jerusalem (Mehrheitsvorschlag) oder Bildung eines Föderativstaates mit zwei Parlamenten (Minderheitsvorschlag) vor. Die zionistische Organisation ist für den Mehrheitsvorschlag, die arabischen Staaten lehnen beide Vorschläge ab.

Die UN-Vollversammlung beschließt am 29. November die Teilung Palästinas entsprechend dem Mehrheitsvorschlag der UNSCOP mit 33 gegen 13 Stimmen bei 10 Enthaltungen (Resolution 181/II). Zu diesem Zeitpunkt leben in Palästina 1319500 Araber (69,2 Prozent) und 589340 Juden (30,2 Prozent). Dem jüdischen Staat werden 55 Prozent, dem arabischen 45 Prozent des Mandatsgebiets zugesprochen.

1948 Die Unruhen in Palästina gehen in einen Bürgerkrieg («Unabhängigkeitskrieg») über, der mit terroristischen Mitteln geführt wird. Von Anfang 1948 bis zum Ende des ersten Nahostkrieges werden ca. 700000 palästinensische Araber aus dem für den jüdischen Staat vorgesehenen Gebiet vertrieben. Gefördert wird die Vertreibung durch Anschläge und Terrorakte jüdischer Untergrundorganisationen. In Folge der Flucht und Vertreibungswelle werden 350 arabische Dörfer und Kleinstädte im Staatsgebiet Israel zerstört.

Großbritannien erklärt das Mandat über Palästina am 14. Mai, dem Staatsgründungstag Israels, für beendet. Der Bürgerkrieg geht nahtlos in den ersten Nahostkrieg über. Während die letzten britischen Truppen das Land verlassen, ruft David Ben-Gurion vor den Mitgliedern des jüdischen Nationalrates in Tel Aviv den Staat Israel aus. Sofort dringen die Streitkräfte Ägyptens, Transjordanien, Syriens, Iraks und Libanons, die den UN-Teilungsplan ablehnen, in Palästina ein. In den bis zum Waffenstillstand folgenden Militäroperationen gewinnt Israel rund 5700 qkm zu dem ihm im UN-Teilungsplan zugesprochenen Territorium hinzu und erreicht eine Gesamtfläche von 20700 qkm. Transjordanien besetzt den Rest Palästinas, die Westbank (Annexion 1950). Der durch Flüchtlinge überfüllte Gazastreifen kommt unter ägyptische Verwaltung.

Die UN-Vollversammlung beauftragt am 11. Dezember eine von ihr eingesetzte Schlichtungskommission, um die Repatriierung, Wiederansiedlung und wirtschaftliche und soziale Wiedereingliederung der Flüchtlinge sowie die Zahlung von Entschädigungen zu ermöglichen. Darüber hinaus sollen enge Beziehungen zum Leiter der UN-Hilfsorganisation für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) und durch ihn mit den geeigneten Organen und Vertretungen der Vereinten Nationen unterhalten werden. Wiederholte UN-Resolutionen bleiben wirkungslos.

1949 Am 10. März wird David Ben-Gurion Israels erster Ministerpräsident. Die zionistische Arbeitspartei regiert mit kurzen Unterbrechungen bis 1977.

Unter UN-Vermittlung schließt Israel mit Ägypten (24.2.), Libanon (23.3.), Transjordanien (3.4.) und Syrien (20. 7) vom Februar bis Juli 1949 auf der Insel Rhodos Waffenstillstandsverträge. Sie enthalten die Klausel, »die Lösung der Palästina-Frage nicht mit militärischer Gewalt herbeizuführen«.

Aus Transjordanien wird im Mai/Juni 1949 das »Haschemitische Königreich Jordanien«.

Israel kündigt im Januar an, daß es den von ihm besetzten westlichen Teil Jerusalems nicht länger als besetztes Gebiet betrachte. Am 10. Dezember 1949 verlangt die UN-Vollversammlung die internationale Kontrolle über ganz Jerusalem (gemäß der Teilungsresolution vom 29. November 1947).

Vom April bis September 1949 verhandeln israelische und arabische Delegationen in Lausanne ergebnislos über die Zukunft der palästinensischen Flüchtlinge.

1950 Am 23. Januar 1950 erklärt das israelische Parlament, die Knesset, Jerusalem zur »Ewigen Hauptstadt Israels«. Die meisten Staaten eröffnen ihre Botschaften in Tel Aviv. Die Knesset beschließt am 5. Juli das »Gesetz der Rückkehr«, nach dem jeder Jude das Recht hat, nach Israel einzuwandern.

Jordanien gliedert am 24. April 1950 das Westjordangebiet in sein Staatsgebiet ein.

Ägypten sperrt am 12. Juli 1950 den Suezkanal für israelische Schiffe und für den Warenverkehr mit Israel.

Aus Gründen der »nationalen Sicherheit« wird die arabische Bevölkerung Israels einer Militärregierung unterstellt. Mit Hilfe von Notstandsverordnungen aus der britischen Mandatszeit erhalten die Militärgouverneure weitreichende Befugnisse, die nicht der richterlichen Kontrolle unterliegen. Gesetze aus den Jahren 1950 und 1953 ermöglichen Landenteignungen und die Übernahme von Bodeneigentum der palästinensischen Flüchtlinge, denen die Rückkehr verweigert wird.

1951 König Abdullah von Jordanien, der in Geheimverhandlungen mit Israel die Annexion der Westbank vereinbart hatte, wird am 20. Juli in der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem ermordet.

1952 Ab Mai 1952 wird Jordanien von König Hussein Ibn Talals regiert.

Am 10. September 1952 unterzeichnen Deutschland und Israel in Luxemburg das »Wiedergutmachungsabkommen«. Deutschland verpflichtet sich zu »Wiedergutmachungsleistungen« in Höhe von 3,45 Milliarden DM.

1954 In Ägypten übernimmt Oberst Gamal Abdel Nasser im April endgültig die Macht. Mit ihm gewinnt der »Panarabismus« starken Einfluß im arabischen Raum.

1956 Nach der Verstaatlichung des Suezkanals im Vertrag von Sèvres (24. Oktober 1956) zwischen Großbritannien, Frankreich und Israel verpflichtet sich Israel, Ägypten anzugreifen (Sinai-Krieg), um den Bündnispartnern einen Vorwand für eine militärische Intervention in der Suezkanal-Zone zu liefern. Im Gegenzug verpflichtet sich Frankreich zu umfangreichen Waffenlieferungen an Israel zur Verteidigung gegen ägyptische Luftangriffe. Nach mehrfachen Aufforderungen der UNO und amerikanischen Drohungen mit einem Waffenembargo treten Israel, Großbritannien und Frankreich den Rückzug aus Ägypten an. Entlang der Grenze wird auf ägyptischer Seite eine UN-Friedenstruppe stationiert. Israel und seine Verbündeten erreichen keines ihrer Ziele, im Gegenteil: Der Imageschaden, den das Land durch diesen Angriffskrieg erleidet, ist beträchtlich.

1964 In Kairo wird im Mai auf Betreiben von Nasser von der Arabischen Liga die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gegründet.

1965 Die Bundesrepublik Deutschland und Israel nehmen am 12. Mai volle diplomatische Beziehungen auf.

1967 Im April und Mai nehmen die Spannungen zwischen Israel und Syrien zu, da Israel Syrien in der entmilitarisierten Zone beständig provoziert.

Nasser verlangt am 18. Mai 1967 den Rückzug der UN-Friedenstruppe von ägyptischem Territorium und verkündet am 22. Mai die Blockade der Straße von Tiran (und damit des israelischen Hafens Eilat). Am 30. Mai unterzeichnet König Hussein von Jordanien ein Verteidigungsabkommen mit Ägypten.

Israel bildet am 1. Juni 1967 eine »Regierung der nationalen Einheit«, greift am 5. Juni in einem Blitzkrieg (»Sechstagekrieg«) Ägypten an und rückt auf die Sinai-Halbinsel vor. Drei Tage später greift Israel auch Syrien erfolgreich an und besetzt den Golan. Das Westjordanland und Ost-Jerusalem fallen in israelische Hand. Auf Drängen der UNO tritt am 11. Juni ein Waffenstillstand in Kraft. Am 29. Juni 1967 beansprucht Israel Souveränität über Ost-Jerusalem.

Minister Yigael Allon legt am 26. Juni 1967 Ministerpräsident Eschkol einen Plan vor, der entlang dem Jordan einen Siedlungsgürtel als sicherheitspolitische Sperre vorsieht. Der Plan dient in den folgenden Jahren als Regierungsleitlinie für den Bau jüdischer Siedlungen im besetzten Gebiet.

Die arabische Gipfelkonferenz verabschiedet im August 1967 die Erklärung von Khartum mit ihrem dreifachen Nein: »Keine Anerkennung Israels, kein Frieden und keine Verhandlungen mit Israel«.

Von Jordanien aus beginnen im Herbst 1967 Operationen der »Bewegung zur Befreiung Palästinas« (Al-Fatah).

Der UN-Sicherheitsrat fordert am 22. November 1967 mit der Resolution 242 den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und die Anerkennung Israels durch die arabischen Nachbarstaaten.

1968 Die PLO beschließt auf der Tagung ihres »Parlaments«, des Palästinensischen Nationalrates, am 17. Juli eine Nationalcharta. Darin wird der bewaffnete Kampf als der einzige Weg zur Befreiung Palästinas proklamiert, gleichzeitig die Vertreibung der nach 1920 in Palästina eingewanderten Juden als Ziel festgelegt. Yassir Arafat (Vorsitzender der Al-Fatah) kehrt die panarabische Ideologie um: Erst Befreiung Palästinas, dann panarabischer Staat.

Die UN-Vollversammlung fordert am 19. Dezember 1968 Israel auf, den während des Sechstagekrieges 1967 aus der Westbank und dem Gazastreifen geflüchteten 300000 Palästinensern die Rückkehr zu gestatten.

1969 Auf dem 5. Palästinensischen Nationalkongreß vom 1. bis 4. Februar in Kairo wird Yassir Arafat zum Vorsitzenden des PLO-Exekutivkomitees gewählt.

1970 Nachdem die der PLO angehörende »Volksfront für die Befreiung Palästinas« (PFLP) am 6. und 9. September drei westliche Verkehrsmaschinen nach Jordanien entführt hat, entschließt sich König Hussein am 17. September zum militärischen Eingreifen gegen die PLO und löst damit einen Bürgerkrieg mit Tausenden von Toten aus (»Schwarzer September«). Abwanderung Tausender von Palästinensern in den Libanon, wo durch die Bildung großer Palästinenserlager ein Staat im Staate entsteht, was allmählich die schwierige innenpolitische Balance des Libanon zerstört.

Die UN-Vollversammlung bekräftigt am 8. Dezember 1970 erstmals ausdrücklich die »unveräußerlichen Rechte des Volkes von Palästina«. Damit wird erstmals die Palästinafrage nicht als Flüchtlingsfrage behandelt, sondern als nationale Frage anerkannt.

1972 König Hussein von Jordanien zeigt im Februar gegenüber Israel die Bereitschaft zu Friedensverhandlungen, sein Angebot wird jedoch von der israelischen Regierung zurückgewiesen.

1973 Mit der erfolgreichen Überquerung des Suezkanals am 6. Oktober durch ägyptische Truppen beginnt der Yom Kippur-Krieg. Sadat versucht damit, die unhaltbare Situation im Nahen Osten zu durchbrechen; Syrien schließt sich mit einer Offensive auf den israelisch-besetzten Golanhöhen an, Jordanien beteiligt sich nicht am Krieg. Israel kann die militärische Wende erst nach 10 Tagen herbeiführen. Der UN-Sicherheitsrat erzwingt einen Waffenstillstand am Kilometerstein 101 vor Kairo.

Die Resolution 338 des UN-Sicherheitsrats vom 23. Oktober 1973 fordert den unverzüglichen Beginn von Friedensverhandlungen.

Am 21./22. Dezember 1973 beginnt die Friedenskonferenz in Genf unter UN-Schirmherrschaft mit Beteiligung der USA, der Sowjetunion, Israels, Ägyptens und Jordaniens. Zwischen Israel und Syrien, Israel und Ägypten wird ein

Truppenentflechtungsabkommen vereinbart. Die Verhandlungen bleiben ohne weitere greifbare Ergebnisse.

1974 Als Bewegung zur Besiedlung der besetzten Gebiete tritt im April Gush Emunim (»Block der Getreuen«) auf. Die Besiedlung wird fortan nicht mehr ausschließlich sicherheitspolitisch und militärstrategisch begründet, sondern auch mit historischen und religiösen Rechtstiteln.

Die arabische Gipfelkonferenz von Rabat erkennt am 13. Oktober 1974 die PLO als »einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes« an.

PLO-Chef Arafat vertritt am 13. November 1974 vor der UN-Vollversammlung das Konzept eines »demokratischen progressiven Staates Palästina, in dem Christ, Jude und Moslem mit gleichen Rechten, in Gerechtigkeit und Brüderlichkeit miteinander leben können«.

1975 Im Sommer beginnt der Bürgerkrieg im Libanon, der die innenpolitische Balance zwischen Maroniten, Orthodoxen, Schiiten, Sunniten und Drusen zerstört. Syrische Truppen marschieren in den Libanon ein.

Die UN-Vollversammlung stellt in ihrer Resolution 3379 vom 10. November 1975 fest, der Zionismus sei »eine Form des Rassismus und der rassistischen Diskriminierung«.

1976 Bei Protestdemonstrationen unter den israelischen Palästinensern in Galiläa gegen neuerliche Landenteignungen durch die Regierung werden 6 Palästinenser getötet. Seither wird jährlich am 30. März der »Tag des Bodens« begangen.

Bei den Kommunalwahlen am 12. April 1976 in der Westbank setzen sich überwiegend jene Kräfte durch, die der PLO nahestehen. Kurz danach werden die meisten gewählten Bürgermeister von der israelischen Militärverwaltung abgesetzt oder deportiert.

1977 Die Arbeitspartei erleidet bei den Wahlen zur Knesset am 17. Mai eine vernichtende Niederlage. Der Block der Rechtsparteien (Likud) gewinnt und wählt Menachem Begin zum Ministerpräsidenten. Umgehend kündigt er zahlreiche neue jüdische Siedlungen in den besetzten Gebieten an. Fortan werden für die Westbank nur noch die biblischen Begriffe Judäa und Samaria verwandt.

Die Jerusalemreise des ägyptischen Präsidenten Sadat vom 19. bis 21. November 1977 gipfelt in einem dramatischen Friedensappell vor der Knesset: Ägypten ist zu einer dauerhaften Friedenslösung mit Israel bereit. Als Grundlagen dafür nennt Sadat die Rückgabe der besetzten Gebiete, die Gründung eines palästinensischen Staates, Sicherheitsgarantien für Israel sowie einen Gewaltverzicht.

1978 Am 17. September finden unter Vermittlung der USA zwischen Begin und Sadat in Camp David bei Washington Verhandlungen statt, die zu einem Rahmenabkommen über einen Autonomiestatus der besetzten Gebiete und zu einem Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten führen. Dieser Vertrag wird am 26. März 1979 in Washington unterzeichnet. Ägypten wird daraufhin in der arabischen Welt isoliert.

1980 In der »Erklärung von Venedig« vom 13. Juni erkennt die Europäische Gemeinschaft das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser an.

Die Knesset beschließt per Gesetz am 30. Juli 1980 Jerusalem als »ewig ungeteilte Hauptstadt Israels«.

1981 Menachem Begin gewinnt am 30. Juni erneut die israelischen Parlamentswahlen. Die neue Regierung unterstreicht das »Recht Israels auf Souveränität über Judäa, Samaria und den Gazastreifen«.

Der ägyptische Präsident Sadat wird bei einer Militärparade am 6. Oktober 1981 in Kairo von Anhängern der Moslebruderschaft ermordet; sein Nachfolger wird Hosni Mubarak.

1982 Der israelische Rückzug aus dem Sinai wird am 25. April abgeschlossen. 5000 Siedler der Gush Emunim-Bewegung müssen Yamit verlassen. Ariel Sharon läßt die Stadt sprengen.

Der fünfte Nahostkrieg beginnt am 6. Juni und dauert bis zum 20. August 1982. Israelische Streitkräfte dringen zwecks Vernichtung der militärischen und politischen Infrastruktur der PLO unter der Parole »Frieden für Galiläa« in den Libanon ein. Das Vorgehen von Verteidigungsminister Ariel Sharon wird von einer wachsenden außerparlamentarischen Opposition kritisiert.

US-Präsident Ronald Reagan warnt am 1. September 1982 die israelische Regierung vor der Annexion der besetzten Gebiete und fordert ein Ende der Siedlungspolitik. Er schlägt eine Autonomie für die Palästinenser im Rahmen einer jordanischen Lösung vor.

PLO-Chef Arafat muß am 4. September 1982 Beirut verlassen. In Tunis errichtet er sein neues Hauptquartier. Seine Kämpfer werden auf mehrere arabische Staaten verteilt.

Die Arabische Gipfelkonferenz in Fez verabschiedet am 9. September 1982 einen Friedensplan, in dem die Existenz des Staates Israel (ohne Namensnennung) mehrfach angesprochen und akzeptiert wird.

Auf der größten Kundgebung seit Gründung des Staates Israel am 25. September 1982 demonstrieren in Tel Aviv 400000 Menschen für den Rücktritt Begin und seines Verteidigungsministers Ariel Sharon. Dieser muß tatsächlich aufgrund der Ergebnisse eines Untersuchungsberichtes zu den Massakern in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila (16.–18. September) von seinem Amt zurücktreten.

1985 In Etappen ziehen sich israelische Truppen vom Januar bis Juli aus dem Libanon zurück. Israel kontrolliert weiterhin mit der von ihr finanzierten Südlibanesischen Armee (SLA) eine 10 Kilometer breite »Sicherheitszone« entlang der Grenze auf libanesischem Gebiet.

1987 Am 7. Dezember beginnt der Palästinenseraufstandes (»Intifada«) im Gazastreifen und in der Westbank. Israel erkennt, daß eine militärische Lösung nicht möglich ist.

1988 König Hussein erklärt am 31. Juli den Verzicht Jordaniens auf die Westbank.

Der Palästinensische Nationalrat tagt vom 12. bis 15. November 1988 in Algier, ruft den Staat »Palästina« aus und bekundet mit der Anerkennung der UN-Resolutionen 242 und 338 die Anerkennung des Staates Israel und die Bereitschaft zu einer Zwei-Staaten-Lösung. Die rechtsnationalistische Regierung unter Yitzhak Shamir lehnt eine Anerkennung durch die »Terrororganisation« PLO jedoch ab.

1990 Der Irak marschiert am 2. August in Kuwait ein. Trotz intensiver Verhandlungen und der UN-Sicherheitsratsresolution 678, die den Irak zum Rückzug auffordert, bleibt Saddam Hussein uneinsichtig. Am 17. Januar 1991 beginnt der 2. Golfkrieg nach Weigerung des Irak, das besetzte Kuwait zu verlassen.

1991 Am 27. Februar 1991 werden die irakischen Truppen aus Kuwait vertrieben. Nach monatelangen diplomatischen Bemühungen von US-Außenminister James Baker können die Präsidenten George Bush und Michail Gorbatschow in Madrid am 30. Oktober die Friedenskonferenz über den Nahen Osten eröffnen. Zum ersten Mal in der Geschichte sitzen

sich Vertreter der Staaten Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Syrien und der Palästinenser gegenüber, letztere jedoch nicht als eigenständige Delegation, sondern als Annex der jordanischen. Die USA fordern die Verwirklichung der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 nach dem Prinzip »Land gegen Frieden«. Bis Juli 1993 finden neun weitere Verhandlungsrunden in Washington statt, die jedoch zu keinem Ergebnis führen.

1992 Die Wahlen zur 13. Knesset am 23. Juni bringen den Sieg der Arbeitspartei unter Yitzhak Rabin, der daraufhin mit der Meretz- und der Shas-Partei eine Regierung bildet. Shimon Peres wird Außenminister. In der Folgezeit schleppen sich die Verhandlungen in Washington ohne greifbare Ergebnisse dahin. Durch Anschläge in Israel veranlaßt, deportiert Rabin in einer Nacht-und-Nebel-Aktion 415 Hamas-Aktivisten am 13. Dezember 1992 in den Libanon.

1993 Israels Ministerpräsident Yitzhak Rabin und PLO-Chef Yassir Arafat unterzeichnen in Washington am 13. September die »Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung«, deren Umsetzung sich als äußerst schwierig erweist.

1994 Nach langwierigen Verhandlungen wird am 4. Mai in Kairo das Abkommen über »Gaza and Jericho first« (Oslo I) unterzeichnet. In Gaza und Jericho etabliert sich nach der Umgruppierung der israelischen Truppen die »Palestinian National Authority« (PNA) unter Yassir Arafat.

1995 Am 28. September wird von Yitzhak Rabin und Yassir Arafat in Washington ein weiteres Abkommen (Oslo II) unterzeichnet: Die besetzte Westbank wird in 3 Zonen geteilt. Zone A: 6 palästinensische Städte unter voller palästinensischer Kontrolle (3% der Westbank); Zone B: 450 palästinensische Dörfer und Kleinstädte unter gemischter Kontrolle (27%); Zone C: Jüdische Siedlungen, israelische Militärbasen, »strategisch wertvolles Gebiet« unter voller israelischer Kontrolle (70%).

Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin wird nach einer Friedenskundgebung in Tel Aviv am 4. November 1995 von dem jüdischen Fundamentalisten Yigal Amir ermordet. Der Attentäter beruft sich dabei auf eine »jüdische Fatwa« durch Rabbiner, ohne die er den Mord nicht ausgeführt hätte. Außenminister Shimon Peres wird Ministerpräsident.

1996 Bei der ersten Direktwahl des israelischen Ministerpräsidenten entfallen am 29. Mai auf Benjamin Netanjahu 50,4%, auf Shimon Peres 49,5% der abgegebenen Stimmen. Die

Wahlen zur 14. Knesset ergeben 64 Stimmen für die Koalitionsfraktionen (von 120). In der Folgezeit gerät der Friedensprozeß völlig in die Sackgasse.

Die Öffnung eines archäologischen »Tunnels« längs der Grundmauern des Jerusalemer Tempelberges am 25. September 1996 durch Ministerpräsident Netanyahu löst scharfen Protest der Palästinenser aus und führt zu den schwersten Unruhen seit Beendigung der Intifada 1993.

1997 Unterzeichnung des Hebron-Protokolls am 15. Januar. Die Stadt Hebron wird in eine H-1- und eine H-2-Zone geteilt. In ersterer leben ca. 100000 Palästinenser, in letzterer 450 jüdische Extremisten und 20000 Palästinenser weiter unter direkter israelischer Okkupation. Diesem Abkommen ist ein Brief von US-Außenminister Warren Christopher beigelegt, in dem es Israel freigestellt wird, Land nur dann zurückzugeben, wenn seine »Sicherheitsinteressen« nicht berührt sind.

1998 Unterzeichnung des »Wye River Memorandums« in den USA am 28. Oktober zwischen Benjamin Netanyahu und Yassir Arafat. In ihm verpflichtet sich Israel zu einem weiteren Truppenrückzug und der Übergabe von Land an die Palästinenser. Die Netanyahu-Regierung hat nur 2 Prozent des Landes übertragen, jedoch die anderen Verpflichtungen des Abkommens ignoriert.

1999 Am 4. Mai endet die fünfjährige Interimsperiode im Friedensprozeß. Auf Anraten der USA und der EU setzt Arafat die Proklamation des Staates »Palästina« für ein Jahr aus.

1999 Ehud Barak (Arbeitspartei) wird am 17. Mai zum neuen israelischen Ministerpräsidenten gewählt. Er ist ebenfalls nicht bereit, die Vereinbarungen von Wye umzusetzen. Durch die Unterzeichnung des Zusatzabkommens von Sharm el-Sheikh am 4. September wird der Zeitrahmen weiter ausgedehnt.

2000 Anfang Januar beginnen die Verhandlungen mit Syrien über einen Friedensvertrag in Shepardsstow in den USA. Die Verhandlungen scheitern zum einen an der Unnachgiebigkeit Israels, zum anderen an den USA, die den syrischen Präsidenten Hafez al-Assad zu fragwürdigen Konzessionen überreden wollen.

Mitte Juli 2000 treffen sich Clinton, Barak und Arafat in Camp David. Nach zweiwöchigen Verhandlungen ist Arafat nicht bereit, ein »palästinensisches Versailles« zu akzeptieren. Nach der Rückkehr zerfällt Baraks Regierung, er tritt von seinem Amt zurück

und macht dadurch den Weg frei für die Neuwahl des Ministerpräsidenten. Am 31. Juli wird Moshe Katzav (Likud-Block) zum neuen Präsidenten gewählt.

Der extremistische Likud-Abgeordnete Ariel Sharon besucht am 28. September 2000 in Begleitung von zirka 3000 Soldaten und Polizisten und mit Genehmigung Baraks den Haram al-Sharif (Tempelberg) in Jerusalem. Daraufhin bricht ein neuer Aufstand (Al-Aqsa-Intifada) der Palästinenser aus. Bei diesem Aufstand werden über 530 Palästinenser getötet, darunter über 100 Kinder; auch über 130 Israelis kommen ums Leben.

2001 Ariel Sharon (Likud-Block) erzielt am 6. Februar mit 59,5 Prozent der abgegebenen Stimmen einen überragenden Wahlsieg über Ehud Barak. Sharon bildet eine rechtsnationalistische Regierung, an der sich auch die Arbeitspartei unter Shimon Peres beteiligt. Diese Koalitionsregierung versucht seitdem, den Aufstand der Palästinenser mit allen militärischen Mitteln niederzuschlagen. Zu einer ernsthaften Annäherung der Kontrahenten kommt es nicht

Nach dem arabischen Gipfeltreffen am 27. und 28. März 2001 verkünden Ägypten und Jordanien ihren Friedensplan für den Nahen Osten. Während Sharon den Friedensplan ablehnt, läßt sich Peres auf diesen ein. Am 5. Mai legt eine Kommission unter Leitung des früheren US-Senators George Mitchell einen Bericht über die Hintergründe der Al-Aqsa-Intifada vor. Der sogenannte Mitchell-Bericht schlägt einen Stufenplan vor, an dessen Ende Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern stehen sollen.

Diese Chronologie wurde vom Autor zusammengestellt.